

Wiedervereinigung auch für Forderungen, die im Fall der Wiedervereinigung den Preis für die Konzern- und Bankherren möglichst hochschrauben. Entsprechend ist es sinnvoll, wenn die Radikale Linke mit ihrer vorgeschlagenen Demonstration und in der Erklärung »Nie wieder Deutschland« orientiert auf »gegen Wiedervereinigung und für allgemeine Abrüstung«.

Entscheidend ist und bleibt jedoch, wo eine Radikale Linke gegenüber dem Projekt eines neuen imperialistischen Großdeutschlands stand. Daß wir dagegen waren, sind, bleiben.

Grundlagen der Radikalen Linken

Der sozialliberalen Euphorie, den inneren Reformen und der neuen Ostpolitik folgten Sicherheitsgesetze, Berufsverbote, Mittelstreckenraketen und Massenerwerbslosigkeit. Was wird der rosa-grünen Besoffenheit und dem »ökologischen Umbau der Industriegesellschaft« folgen?

Ist es sinnvoll, derlei jetzt schon zu fragen? Wäre es nicht besser, sich erst nach dem Eintreten des allfälligen Katzenjammers zu Wort zu melden? Oder sollte man den rosa-grünen Zug durch die Gemeinde mitmachen in der Absicht, ihn umzulenken? Vielleicht sogar Hoffnung auf den »Fortschritt 90« selbst schüren?

Daß sich radikale Linke und linke Feministinnen aus so unterschiedlichen Traditionen und Gruppierungen (Grüne, KB, VSP, DKP, autonome oder bewegungsorientierte Gruppen, Zeitungs-/Zeitschriftenprojekte, Personen ohne »Zugehörigkeit«) gerade jetzt zusammensetzen, um über gemeinsame Perspektiven und — soweit schon möglich — gemeinsame Praxis zu diskutieren, hat Gründe:

- Die Grünen, die ein Jahrzehnt lang linke Diskussionen und Hoffnungen okkupieren konnten, haben sich zu einer systemintegrativen Partei entwickelt, deren überwältigende Mehrheit mitregieren will und den linken Mitgliedern jede Möglichkeit versperrt, ihre Vorstellungen in der Partei und durch die Partei zu verwirklichen. Daß ausgerechnet die linksalternative Westberliner AL (und nicht der rechte Realo-Flügel) es war, die den letzten Schub organisierte, kennzeichnet den »Zeitgeist« in der BRD und nicht nur hier: Bis tief in die Linke und in die alternative Szene hat sich der Wunsch durchgesetzt, in einem harmonischen Konsens den Kapitalismus mitzugestalten, »Verantwortung« für ihn zu übernehmen. Diese Entwicklung trennt die Staatsfreunde von den linken »Staatsfeinden«, die aus der öffentlichen Diskussion verbannt, isoliert und im Zweifelsfall der staatlichen Repression ausgeliefert werden.

- Der Kampf von Frauen um Selbstbestimmung wurde auf eine sozialdemokratische Gleichstellungspolitik reduziert, die nur die Teilhabe am Kapitalismus »gleich« unter Frauen und Männern aufteilen will. Propagiert werden konservative Ideologien »neuer Mütterlichkeit«, die die Frauen letztlich für bevölkerungspolitisch-rassistische Ziele zu gewinnen suchen.

- Die Flügel der DKP, uneinig in Fragen der innerparteilichen und gesellschaftlichen Demokratie, der Bewertung geschichtlicher Epochen (Stalinismus), der Veränderungen in der Sowjetunion, der Bedeutung der Emanzipation der Frauen, der Beurteilung von Umweltzerstörung und Kritik der Produktivkraftentwicklung, schlagen beide für die Sozi-

aldemokratie: Das Präsidium der Partei sieht »die stärkere Annäherung von Kommunisten und Sozialdemokraten . . ., die gelegentlich schon bis an die Frage heranreicht, ob nicht gar eine »Wiedervereinigung« von kommunistischer und sozialdemokratischer Strömung ins Blickfeld rücke«. Und das Vorbild vieler »Erneuerer«, die Kommunistische Partei Italiens, feiert die Errungenschaft, endlich »mit Gorbatschow und Willy Brandt eine Sprache zu sprechen.«

Treffen auf schmaler Basis

Was hier geschieht, ist weniger ein parteipolitischer als ein gesellschaftlicher Geländegewinn sozialdemokratischer Ideologie. Die aktuelle Entwicklung erinnert an die Integration der Außerparlamentarischen Opposition Anfang der siebziger Jahre, die dazu diente, den BRD-Imperialismus zu modernisieren und ihm ein weltoffeneres Gesicht zu geben. Sie unterscheidet sich von der damaligen Integration dadurch, daß zwar der Kapitalismus sich wiederum modernisieren will, indem er ein paar Umwelttechniken in seine Exportpalette aufnimmt, einige Karriere-Plätze für Frauen bereitstellt und sich Friedensfähigkeit attestiert, aber jenen, die sich heute in die »Gemeinsamkeit der Demokraten« aufnehmen lassen, keine Reformen anbietet, sondern in einer »Deregulierungs«offensive viele der Reformen zurückholt, die er einmal gewährt hatte oder gewähren mußte.

Angesichts dieser »Revolutionierung« der Verhältnisse von oben und des allgemeinen Trends zur Anpassung sollten sich radikale Linke den »Luxus« isolierter Diskussion und Politik nicht länger leisten. Sie müssen versuchen, eine wirksame linke Opposition gegen den Konsens der kapitalistischen Modernisierung zu entfalten.

Die radikale Linke trifft sich zunächst auf einer schmalen Basis. Sie kann heute noch keine Einigkeit darüber erzielen, ob z. B. der Beitritt vieler Linker zu den Grünen den Trend zur Anpassung beschleunigt hat; ob das Verharren in kleinen Parteien, Gruppen und Redaktionen nicht Schein-Sicherheiten konserviert hat, die sich im politischen und theoretischen Streit nicht messen mußten (linke Ignoranz gegenüber der ökologischen Dramatik und gegenüber feministischer Analyse und Gesellschaftskritik); ob es nicht auch »autonomes« Sektierertum gab, das Widerspruchspotentiale in der Gesellschaft leichtfertig übersah und bisweilen Militanz fetischisierte.

Auch in der Frage, wie eine radikale Linke sich zu Parteiorganisationen, Wahlen, Wahlkämpfen und Parlamenten zu verhalten hätte, wird schnelle Übereinstimmung nicht zu erzielen sein. Nach den Erfahrungen mit dem Entstehen und der Entwicklung der Grünen Partei käme es für eine radikale Linke aber darauf an, ihren Umgang mit dem Parlamentarismus nicht noch einmal zur Glaubensfrage zu machen.

Das parlamentarische System ist zwar einerseits eine politische Herrschaftsform, deren ganzer Sinn darin besteht, den Umsturz der gesell-

schaftlichen Machtverhältnisse zu verhindern, und tatsächlich ist es keiner entwickelten kapitalistischen Gesellschaft je gelungen, Änderungen der sozialen Machtverhältnisse übers Parlament auch nur zu forcieren, geschweige denn durchzusetzen, während umgekehrt die Bedingungen parlamentarischer »Mitarbeit« (Elitebildung durch korruptive Diäten, Verleihung gesellschaftlichen Ansehens und andere Zuwendungen, Förderung des Fachidiotismus der Experten, Trennung der MandatsträgerInnen von ihrer politischen Basis) die Zähmung und Integration ehemals rebellischer Politiker stets gefördert, wenn nicht erzwungen haben. (Wie kurzlebig präventive Maßnahmen wie imperatives Mandat oder Rotation sind, haben die Grünen in weniger als zwei Wahlperioden exemplarisch vorgeführt.)

Taugt das Parlament auch nicht zur Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, so ist andererseits seine Zusammensetzung doch nicht ohne Einfluß auf die Bedingungen, unter denen gesellschaftliche Kämpfe geführt werden (können). Eine radikale Linke hätte die systemstabilisierende Funktion des Parlamentarismus immer wieder deutlich zu machen, das Parlament als solches zu bekämpfen und könnte doch jeweils prüfen, ob die Situation es zuläßt oder verlangt, die von diesem System dennoch gebotenen Möglichkeiten sichtbarer politischer Intervention zu nutzen. Welche Formen diese Interventionen annehmen könnten (Aktionen, Wahlboykott, Wahlempfehlung oder Kandidatur), wäre von Fall zu Fall mit einer Gelassenheit zu diskutieren, welche die grundsätzliche Kritik des Parlamentarismus nie aus dem Blick verliert.

Die radikalen Linken begegnen sich nicht ohne Mißtrauen. Daß keiner als großer Sieger und Garant für politischen Erfolg in ihrem Kreis aufläuft, sollte es ihnen erleichtern, voneinander zu lernen und bei wichtigen Anlässen mit gemeinsam erarbeiteten Analysen und Stellungnahmen in die öffentlichen Debatten einzugreifen.

Besonders die linken Feministinnen nähern sich dem Kreis »radikale Linke« mit großer Skepsis, denn sie haben die Erfahrung gemacht, daß auch die Linken männerbündische Politik betreiben und sich den Inhalten der Frauenbewegung gegenüber Unwissenheit und Nichtachtung erlauben. Feministische Erkenntnisse und Forderungen wurden, wenn überhaupt, linker Politik meist nur aus machttaktischen Erwägungen hinzugefügt und auf minder wichtige Plätze verwiesen. Auch die Arbeiterbewegung hat eine mächtige patriarchalische Tradition, die Frauen immer wieder vom Markt bezahlter Arbeitskraft zu verdrängen und in den Bereich nicht entlohnter »Arbeit aus Liebe« abzuschieben. Es wird Zeit, daß eine radikale Linke den Geschlechterkonflikt nicht länger durch die Klassenfrage zu verdecken versucht, sondern die Dialektik zwischen beidem als zentrale Fragestellung begreifen lernt.

Die Modernisierung des Kapitalismus

Wir haben es nicht mit einem — von Modernisierern suggerierten — Ende der Klassen und Klassenkämpfe oder einer Einebnung der Geschlechtshierarchien zu tun. Vielmehr erleben wir eine Phase ständiger Umwälzungen, regionaler Verschiebung und Zersplitterung der Arbeiterklasse, die zu ihrer Schwächung beiträgt. Das weltweit gelobte BRD-Modell zur Schlichtung sozialer Konflikte spielt dabei eine bedeutende Rolle.

Der Kapitalismus akkumuliert seit Mitte der siebziger Jahre in einem größeren Ausmaß über rationalisierende und die Produktion automatisierende Techniken. Die Gewinne entwickeln sich schneller als die Investitionen, die Arbeitsproduktivität steigt steiler an als das Sozialprodukt, die Reallöhne sinken im Aufschwung. Die Finanzmärkte ver selbständigen sich gegenüber der Produktion. Dieser neue Entwicklungstyp hebt sich deutlich von einer bis dahin überwiegend vom Konsum angeschobenen und beschäftigungswirksamen Wachstumsproduktion ab.

Die moderne Arbeitsorganisation isoliert die Erwerbstätigen an den Arbeitsgeräten und bürdet ihnen durch eine integrierte Steuerung eine hohe Verantwortung für die gesamte Kapitalmasse auf. Der Ausfall an einer Stelle gefährdet das Ganze. Dies fördert die Entwicklung eines — zum Teil (überwiegend für Männer) relativ hoch bezahlten — Einzelkämpfertums. Der Empfindlichkeit der Prozesse entspricht die Einführung von »kalten« Überwachungsmethoden: Risikobereiche wachsen, sind nur mit persönlichem Code zugänglich, jederzeitige Ansprechbarkeit und Verfügbarkeit bis in die »Privat«bereiche hinein über »Pieper« oder mobile Telefone wird verlangt. Die Gesellschaft beginnt, sich an Kamera-Überwachung und lückenlose Personal-Informationssysteme zu gewöhnen. Die Übertragung von Wissen auf Computer erleichtert die Auswechselung der Beschäftigten in vielen Arbeitsbereichen. Die Ware Arbeitskraft gerät so doppelt unter Druck oder Preisverfall: durch anhaltende Arbeitslosigkeit und leichtere Austauschbarkeit.

Das Kapital nutzt diese Schwächung der Position der Erwerbstätigen für Flexibilisierungen der Arbeitszeiten zur besseren Ausnutzung der Maschinerie, bei der Gesamtdauer der Beschäftigung und der Rotation der ArbeiterInnen. Zwei Millionen registrierte Erwerbslose sagen noch nichts darüber aus, wie viele Menschen jährlich arbeitslos und zu schlechteren Bedingungen wieder eingesetzt werden. Zwar gilt der »Normal«-Arbeitstag für die meisten männlichen Erwerbstätigen noch, doch auch sie erleben am Arbeitsmarkt den wachsenden Zwang zu ständiger Verfügbarkeit, wie ihn die Frauen aus ihrer Arbeit im Reproduktionsbereich kennen und auch im Erwerbsleben als weibliche »industrielle Reservearmee« schon lange hinnehmen müssen. Viele Frauen werden nicht als Erwerbslose registriert, sondern auf den Lohn des Mannes oder später auf Sozialhilfe verwiesen. Sie erhalten, falls

ihnen doch der Einstieg in die Erwerbsarbeit gelingt, die schlechtesten Plätze. Die 2,5 Millionen Erwerbsarbeitsplätze, deren Abschaffung durch die neuen Informations- und Kommunikationstechniken in der BRD prognostiziert wird, sind zu zwei Dritteln Arbeitsplätze von Frauen.

Die Zersplitterung in reduzierte Stammebelegschaften, in GelegenheitsarbeiterInnen, in WanderarbeiterInnen (im Zuge der Europäisierung) und in eine wachsende Schicht Ausgegrenzter, die der Armut ausgesetzt werden (neben Frauen und Alten bereits viele junge Menschen) schwächt die Gewerkschaften, die in der BRD die Beschneidung des Streikrechts hinnehmen mußten und die in England bereits an der Schwelle ihres Zusammenbruchs stehen.

Arbeitsplätze contra Ökologie?

Aber auch die Bewegung, die begonnen hatte, die Umstellung der Produktion und die Ausschaltung der unbeherrschbaren technischen Risiken zu fordern und für »ökologische Regionen« einzutreten, wurde geschwächt. Je größere Sorgen sich viele Menschen um die Sicherung ihres Erwerbs machen müssen, desto tiefer fällt ihr Bewußtsein in den »Gegensatz« Arbeitsplätze contra Ökologie zurück, um so eher suchen sie nach individuellen Lösungen als weitgehend rechtlose »JobberInnen«.

Die Erkenntnis, daß die Kritik am Ausbeutungscharakter der Lohnarbeit auch eine Kritik an den Arbeitsinhalten und Produkten sein muß, hat an Einfluß verloren. Die Forderung nach Herstellung gesellschaftlich nützlicher Güter (z. B. durch Rüstungskonversion oder Umstrukturierung der Werften) ist leiser geworden, ebenso die Kritik der Bedingungen, unter denen Menschen arbeiten müssen (Zerstückelung und Sinnentleerung, Intensivierung und Computerisierung).

Die Gesundheitszerstörung (auch am Arbeitsplatz) durch Giftstoffe und Intensivierung drängt das Kapital zu immanenten Strategien, deren Ziel es ist, nicht die Gesundheitsgefährdung am Arbeitsplatz (und durch die Produkte) zu verhindern, sondern die Beschäftigten »resistenter« gegen die Belastungen (auch psychischer Art) zu machen. Die Gen- und Reproduktionstechnik soll u. a. ein Mittel werden, mit welchem die Erwerbstätigen durch Kontrolle der Fortpflanzung an gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen angepaßt werden können. Was sich jetzt noch hinter der »Erbkrankheiten«-Forschung versteckt, ist erst der Anfang einer Politik, die auf Aussonderung »unwerter« Menschen hinaus will. Besonders Frauen werden, derzeit vor allem über die Ausweitung der vorgeburtlichen Diagnostik, immer stärker unter Druck gesetzt, individuell vorab zwischen »wertem« und »unwertem« Leben zu entscheiden.

Jede radikal linke Politik muß an der Produktion und an der Lage der Menschen in ihr ansetzen. »Wenn man von der Produktion ausgeht, so

muß man sich um die wirklichen Produktionsbedingungen und die produktive Tätigkeit der Menschen kümmern. Wenn man aber von der Konsumtion ausgeht, so kann man sich bei der Erklärung, daß jetzt nicht menschlich konsumiert werde und bei dem Postulat der menschlichen Konsumtion, der Erziehung zur wahren Konsumtion und dergleichen Phrasen beruhigen, ohne sich im geringsten auf die wirklichen Lebensverhältnisse der Menschen und ihre Tätigkeiten einzulassen« (Marx). Die Verharmlosung der Umweltprobleme durch Appelle an die Verbraucher (weniger Autofahren, phosphatfreie Waschmittel kaufen, Bioläden nutzen), soll den Verzicht auf Eingriffe in die Industrie und die Durchbrechung der Kapitallogik kaschieren.

Die These, daß alle Menschen von den Umweltproblemen »gleich« betroffen seien, ignoriert den gesundheitszerstörenden Arbeitsalltag der Industriearbeiterschaft. Der krasse Anstieg von Berufskrankheiten und die wachsende Zahl von Beschäftigten, die aus Krankheitsgründen viele Jahre vor Erreichen der Altersgrenze in Rente gehen müssen, zeigen, daß der Dreck und Lärm erst mal in den Fabriken und Innenstädten »wirkt«, ehe er die Wohnviertel der Besserverdienenden erreicht.

Andererseits überschreitet die Zerstörung der Umwelt Klassen- und Staatsgrenzen. Zwar hat die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit offensichtlich mit den inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu tun (Zwang zum Wachstum, Akkumulation, rücksichtslose Profitlogik, Konkurrenz), aber eine Überwindung des Kapitalismus, die sich in der Abschaffung des Privateigentums erschöpft, bedeutet noch keine Lösung der Krise der äußeren Natur. Weil die traditionellen Organisationen hierauf zumeist gar nicht oder nur hilflos geantwortet haben, haben sich neue Organisationsformen mit neuen (sozialen) Bündnisstrukturen entwickelt. Allerdings wird der Begriff »Gattungsfrage« (alle sind von der Umweltzerstörung betroffen) auch für ökodiktatorische Lösungen und »volksgemeinschaftliche« Strategien (Abschied vom Klassenkampf) mißbraucht, werden Umweltprobleme mehr und mehr zum ideologischen Rekrutierungsfeld für rechtsradikale Gruppen, wobei die Übergänge zum grünen Spektrum manchmal fließend sind (Gruhl, Weltbund zum Schutze des Lebens usw.). In dem Maße, in dem radikale ökologische Forderungen (Umwälzung des Industriesystems) durch Umwelttechnik und ökokapitalistische Strategien ersetzt werden, wird der Ökologiebegriff seines politischen Inhalts beraubt und kann neu besetzt werden — als Marketingstrategie oder als Blut und Boden-Ideologie.

Die radikale Linke geht davon aus, daß das Kapital in den kommenden Jahren die Klassenwidersprüche verschärfen und einen wachsenden Teil der Bevölkerung um eine einigermaßen gesicherte Versorgungsperspektive bringen wird. Es läßt sich noch nicht erkennen, welche Bewegungen mit welchen politischen Zielen daraus erwachsen. Der Katalog der Fragen, mit welchen die radikale Linke sich dabei aus-

einanderzusetzen hat, ohne heute schon mit einer Stimme antworten zu können, ist lang. So bleibt beispielsweise vorläufig offen,

- ob die Gewerkschaften sich weiterhin darauf beschränken werden, die Interessen der Stammebelegschaften zu vertreten, und die GelegenheitsarbeiterInnen andere Formen organisierter Interessenvertretung finden. Selbst die dadurch veränderten, reduzierten Gewerkschaften wollen unterschiedliche Wege gehen. Die einen kündigen weitere Kämpfe für Arbeitszeitverkürzungen an (IG Metall) oder wehren sich gegen die ausgedehnten Arbeitszeiten (HBV), erheben möglicherweise Ansprüche auf die Gestaltung der Arbeit (IG Medien), andere wie die IG Chemie stehen an der Seite »ihrer« Kapitalfraktion im Kampf gegen ausländische Konkurrenten — auch um den Preis der Ausdehnung von Arbeitszeiten und der Vergiftung;

- ob der verstärkte Zustrom von Frauen in die Gewerkschaften und die damit verbundenen neuen Debatten (Kritik an der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, Verkürzung des Arbeitstages, Quotierung der Erwerbsarbeitsplätze wie der Plätze am »Kochtopf«) ein Gegengewicht bilden kann gegen die Beschränkung gewerkschaftlicher Politik auf die Interessen der angeblich die Familie ernährenden Patriarchen;

- ob Ausgegrenzte und — weitgehend — Rechtlose überwiegend um ihre unmittelbaren Interessen kämpfen und sich deshalb links orientieren werden oder sich von rechtsradikalen Parolen einfangen lassen.

Die absehbare Zuspitzung von Widersprüchen belegt nur, wie wichtig die Stärkung einer linken Opposition wird, zumal eine Grüne Partei der Mittelschichten (des »konsumbewußten Citoyen«) den Ausgegrenzten hauptsächlich als ordnungspolitische Kraft entgegengetreten wird, wie das Kreuzberger Beispiel angekündigt hat.

Die Umwälzung der Verhältnisse von oben wird mit der europäischen Deregulierungsoffensive eine neue Dimension erreichen. Der britische Minister Lord Young prägte dafür die Kurzformel: »Die Thatcherisierung ganz Europas naht heran.« Der Chef des Veba-Konzerns, Bennisen-Foerder, erläuterte die Absichten wirtschaftstheoretisch: »Wir haben heute eine erhebliche Bewegungsfreiheit für Kapital . . . Die Geld-Kapital-Bewegung ist praktisch grenzenlos geworden . . . War ein hoher Staatsanteil in der Aufbauzeit noch durchaus sinnvoll, um nachfrageseitig das Wachstum abzustützen (Keynes), so erzwang die übermäßige Staatsverschuldung (Ansammlung von unproduktivem Kapital) eine Umkehr. War bei niedrigen Einkommen eine staatliche Zwangsvorsorge gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Altersarmut voll und ganz gerechtfertigt, so ist das heute längst keine zwingende Staatsaufgabe mehr . . .« Als konkrete Aufgaben der nächsten Zeit nennt Wirtschaftsminister Haussmann die »Senkung der Löhne in schwachen Gebieten, niedrige Einstiegsgehälter für Arbeitslose, Senkung der Lohnnebenkosten (also Senkung der dadurch finanzierten Kosten für Arbeitslose, Gesundheit und Renten)«.

Mehr Armut wird ebenso geplant wie die Zunahme unbezahlter Frauenarbeit. Kein Stein soll auf dem anderen bleiben. Subventionen sollen ohne Rücksicht auf die Gefahr regionaler Verödung gestrichen, die eh unzureichenden Grenzwerte für den Giftausstoß von Chemie und Kohlekraftwerken ebenso gesenkt werden wie die Sicherheitsstandards von Atomanlagen, staatliche Versorgungsbetriebe sollen privatisiert, Arbeitsschutz-Vorschriften ausgehebelt werden.

Erzwingen werden soll diese »Modernisierung« durch Standortkonkurrenz, flexiblere Verschiebung der Produktion und/oder der billigen Arbeitskräfte, die europaweit zu »Heimatbedingungen« beschäftigt werden. »Wir müssen von der Illusion Abschied nehmen . . . , bei der Massenproduktion mit Billiglohnländern konkurrieren zu können. In einem grenzenlosen Binnenmarkt müssen die Unternehmen . . . ihre Produktion dort aufbauen, wo sie am billigsten ist« (Lothar Späth).

Die Deregulierung wird der seit 40 Jahren größte Angriff auf historisch erkämpfte oder zwecks präventiver Befriedung zugestandene »Kompromisse« (Reformen) sein. Staatsgelder werden in den produktiven Wirtschaftssektor umgeleitet, die Zeit Keynesianischer Anwendungen ist vorbei. Mit der Deregulierung, die in der BRD noch die größten Reserven hat, deutet sich der Abschied von einem insgesamt integrierenden Konsummodell an. In Vorbereitung auf weltweit neue Verteilungs- und Verdrängungsschlachten wird die Verelendung in der »3. Welt« vorangetrieben und zugleich ein Stück weit in die Metropolen »zurückgeholt«.

Politisch geht es dabei um die Stärkung des imperialistischen Machtblocks Europa, der den Block USA/Kanada beerben, den fernöstlichen in Schach halten und bei der ökonomischen Durchdringung des Ostens die Nase vorn haben will. Das europäische Kapital, dessen Monopolbildung rasend voranschreitet, hat eine Entwicklungsstufe erreicht, auf der ihm die tausend Eigenarten und Verordnungen der einzelnen Nationalstaaten zu eng und zu kostspielig sind.

Radikale linke Politik wird versuchen müssen, eine Strategie zu entwickeln, die die Opfer der Modernisierungs-Offensive zusammenbringt und unter ihnen das Bewußtsein schafft, mit der Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus und des Patriarchats brechen zu müssen. Wir werden es dabei mit einem neuen — vielleicht BRD-typischen — Eurochauvinismus zu tun bekommen, der hier ein volksgemeinschaftliches »gemeinsames Haus« baut, sich gegenüber der »Dritten Welt« und ihren Flüchtlingen einerseits abschottet, sie andererseits als seine Verfügungsmasse behandelt, schließlich sich auch gegen die Hauptkonkurrenten USA und Japan abgrenzen wird. Der zu erobernde »Russe« erhält einen Sonderstatus, solange er seine Geschäfte vornehmlich mit der BRD abwickelt, westliche Werte lobt und ankündigt, daß auch an die Wiedervereinigung gedacht werden darf.

Die ökonomische Überlegenheit der BRD (eine Mischung aus höchster Produktivität und politischer Stabilität) zwingt die Konkurrenten zu

Anpassungsmaßnahmen (siehe Großbritannien). Sie macht die BRD auch zu einer Schaltstelle für die Ostgeschäfte. »Bonn rückt auf zum Führungspartner Washingtons und Moskaus« (»Frankfurter Allgemeine«).

Während sich die CDU/CSU mit den Nationalisten in den eigenen Reihen und der Rückgewinnung der Republikaner »herumplagt«, setzt die SPD modern auf die Großmacht Europa. Es darf jetzt sogar aus vollem Herzen gegen die Amerikaner gehetzt werden. Peter Glotz: »Nivelierende Massenkultur, die von den Majorcompanies in den Vereinigten Staaten konzipiert wird, (zerstört) die europäische Identität«; Helmut Schmidt: »Wir können in der Tat ohne die Amerikaner auskommen. Die Franzosen haben auch Kurzstreckenraketen«; Oskar Lafontaine: »Europas Interessen sind global. Europa soll daher zu jedem Zeitpunkt sowohl politisch als auch (militär)strategisch funktionsfähig sein.«

Der traditionelle Nationalchauvinismus der Sozialdemokratie, der den deutschen Griff zur Weltmacht 1914/18 nicht nur durch die Bewilligung von Kriegskrediten gefördert hatte, blüht als Eurochauvinismus wieder auf. Die grünen Realpolitiker ziehen bereits mit, andere zieren sich noch, weil sie sich an die Ideologie des »christlichen Abendlandes« erinnert fühlen, in welcher immer auch antisemitische und rassistische Elemente eine Rolle spielten.

Zugleich mit der Vollendung der Großmacht Europa beginnt die Rückholung des durch Revolutionen oder Kriegsergebnisse abhanden gekommenen Ostens. Die Jahrzehnte des kalten Krieges, die ökonomische und militärische Überlegenheit des Kapitalismus und seine Erpressungen haben, zusammen mit tiefen Krisen der Wirtschaft und der politischen Legitimation im »realen Sozialismus« das einzuleiten vermocht, was mit kriegerischen Überfällen nicht zu erreichen war: die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt und den Umbau nach den Gesetzen des Kapitals. Polen, Ungarn und Jugoslawien stehen bereits vor der politischen Übernahme. Bei den anderen setzt sich ein Prozeß der ökonomischen Durchdringung fort, der an die Politik des »Informal Empire« der USA Ende des 19. Jahrhunderts erinnert, mit der die formal souveränen Staaten Lateinamerikas von den USA ökonomisch durchzogen und angebunden wurden.

Das System, das sich »realer Sozialismus« nennt, ist am Ende. Es hat die ArbeiterInnen der Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit und dem Ende der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nicht näher gebracht, sondern sie den gleichen nerv- und geisttötenden Technologien und Arbeitsabläufen ausgesetzt, die im Kapitalismus den Menschen verstümmeln. Höhere Produktivität sollte die Überlegenheit des »realen Sozialismus« über die kapitalistische Wirtschaftsweise beweisen — nicht eine andere, kreativere Art des Arbeitens, nicht mehr Selbstbestimmung der Produzenten über das Was und Wie der Produktion, und erst recht nicht einen anderen Umgang mit der äußeren Natur.

Die Verwirklichung weitgehender formaler Gleichberechtigung von Mann und Frau hat nicht verhindert, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Gewalt gegen Frauen weiter bestehen: auch die »realsozialistische« Abschaffung des Kapitalismus hat das Patriarchat nicht beseitigt. Der gehorsame, im Rahmen einer Leistungsgesellschaft funktionierende Arbeiter wurde zum gemeinsamen Ideal von Kapitalismus und »Realsozialismus«.

Zwar fehlte bislang im »realen Sozialismus« der Stachel der permanenten Konkurrenz, den im Kapitalismus Arbeitslosigkeit und Deklassierung bilden, und das milderte das Schicksal des Malochers. (Dies soll jetzt anders werden.) Doch die Doktrin vom Staat des ganzen Volkes, der keine Klassenkämpfe mehr kennt, und von der Staat-gewordenen Partei, die pausenlos die objektiven Interessen der Klasse »verwirklicht«, bedeutete das Verbot der eigenständigen Organisation subjektiver Interessen, ob in der Form unabhängiger Gewerkschaften mit Streikrecht, unabhängiger Frauenorganisationen oder anderer Zusammenschlüsse. In der Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse sahen die Herrschenden des »realen Sozialismus« nur ein Hemmnis für die Systemkonkurrenz, das deshalb zu ignorieren war. Ein rationaler politischer Diskurs, der nur bei Meinungsfreiheit denkbar ist, wurde als Propaganda der äußeren Feinde verfolgt. Daß heute, da aktuelle Politik und Historie in der Sowjetunion nach Jahrzehnten des Verbots und der Strafverfolgung offen und kontrovers diskutiert werden können, so viele Erscheinungen rassistischer und religiöser Borniertheit zu beobachten sind, zeigt zugleich, wie »ungeeignet« Zensur zur Bekämpfung reaktionären Bewußtseins ist.

Die »Rückgewinnung« des Ostens ist nicht einfach eine Wiedereinsetzung des Kapitalismus. Große Gebiete werden erstmals für die Mehrwertproduktion erschlossen. Es bedeutet keine Verteidigung der alten Verhältnisse des »realen Sozialismus«, wenn die radikale Linke feststellt, daß der ökonomische Siegeszug des Kapitalismus neue Opfer fordern wird: Zuerst von denen, die den schärferen Leistungsanforderungen nicht gewachsen und deshalb der Arbeitslosigkeit und der drohenden Verelendung ausgeliefert werden. Indiz dafür, wie sich diese Entwicklung in der Sowjetunion beispielsweise für die Frauen auswirken wird, ist die zunehmende Propagierung ihrer Rückkehr zu »Heim und Herd«: Sie sollen den Markt der bezahlten Arbeitskräfte »entlasten« und die unbezahlte Reproduktionsarbeit wieder ganz allein verrichten.

Kapitaltransfers, Kredite einer relevanten Größenordnung und Umschuldungen (Polen ist pleite, die UdSSR muß bereits Kredite aufnehmen, um Kredite tilgen zu können) sind an ökonomische und politische Bedingungen geknüpft. Als der polnische Ministerpräsident Frau Thatcher als sein Vorbild bezeichnete, weil sie vorgemacht habe, wie unrentable Wirtschaftszweige zu liquidieren seien, war das der notwen-

dige Kotau eines Kredit- und Umschuldungsbettlers; daneben mag auch der ehrliche Wunsch eine Rolle gespielt haben, mit der polnischen Arbeiterbewegung nach britischem Vorbild umspringen zu können.

Gorbatschows Lob westlicher Werte, der Marktwirtschaft und ihrer Spitzenmanager, der Friedensfähigkeit der CDU-Regierungspolitik, der Fähigkeit des Imperialismus, globale ökologische Krisen zu bewältigen — all das ist, ob erzwungen oder freiwillig, eine ideologische Aufwertung des Kapitalismus. Sie ist für die Herrschenden hierzulande besonders wertvoll, weil der Chef der einstmals am meisten bekämpften und dämonisierten Macht sie vornimmt.

Die staatsfeindliche oder auch nur systemkritische Linke der BRD ist in den letzten Jahren schwächer geworden. Kämpferische soziale Bewegungen wie die Anti-Atom- und Teile der Friedensbewegung sind stark geschrumpft und haben es deutlich schwerer, Massen zu mobilisieren. Die Zahl der Hausbesetzungen ist, der wachsenden Wohnungsnot zum Trotz, drastisch zurückgegangen. Wo gegenläufige, insbesondere militante Tendenzen sichtbar werden, wie z. B. in Kreuzberg oder um die Hamburger Hafenstraße, sind diese mehr als zuvor gesamtgesellschaftlich, aber auch von links-liberalen und staatslinken Spektren isoliert.

Integration und Anpassung

Dieser Sieg der staatstragenden Kräfte basiert auf geglückten Maßnahmen der Integration, die bürgerlicher Politik bis weit in die Linke hinein zu neuem Ansehen verholfen haben, auf der Resignation, welche die Niederlagen erzeugten, die der Opposition trotz größter Mobilisierungen beigebracht wurden, und auf der Androhung oder dem Vollzug einer umfassenden Repression jedes entschlossenen Widerstandes.

Die regierende CDU hat, dem Rezept ihres ehemaligen Generalsekretärs folgend, ihren »Diskurs« modernisiert. So gelang es der »Frauenministerin« und jetzigen Bundestagspräsidentin, das klerikal-reaktionäre Frauenbild ihrer Partei mit »progressivem« Gerede so zu vernebeln, daß sie Ansehen bis in die Linke hinein gewinnen konnte, obwohl ihre tatsächliche Politik gleichzeitig zur stärkeren Kriminalisierung von Abtreibungen und damit zu weiterer Entmündigung von Frauen beige-tragen hat. Kurt Biedenkopf und Lothar Späth konnten auch linkes Lob als ökologische »Querdenker« ernten, weil sie Chancen auf dem nationalen Markt und dem Weltmarkt für Umwelttechnologien entdeckten; daß sie die stoffliche Struktur der Produktion unangetastet lassen und die sozial Schwachen mit »Umweltopfern« aller Art belasten wollen, wurde (gern?) übersehen. Norbert Blüm errang Bewunderung als Reisender in Menschenrechten, obwohl seine Auftritte nur zu verschleiern hatten, daß die von seiner Partei regierte BRD ökonomisch eine Hauptsstütze der chilenischen Junta und wichtigster Haupthandelspartner Südafrikas ist.

Wie tief auch die staatslinke Sehnsucht sitzt, endlich einmal Ja sagen

zu können und dabeizusein, läßt sich vielleicht am deutlichsten an der Begeisterung für den Bundespräsidenten v. Weizsäcker ablesen. Aus einem stinknormalen CDU-Politiker, der in Berlin regierte wie Barschel in Schleswig-Holstein oder Albrecht in Niedersachsen, wurde plötzlich »unser aller« Repräsentant, weil er die imperialistische Politik der BRD mit besinnlicheren Reden begleitet und fördert als sein im zackigen SA-Deutsch geübter Vorgänger.

Die SPD hat zwar ihr Ziel, die Grünen als parlamentarische Kraft auszuschalten, bisher verfehlt. Gelungen ist den Sozialdemokraten in der Bonner Opposition hingegen eine enorme Verbesserung ihres Ansehens bis in die Linke hinein. Bei vielen gilt die SPD nicht mehr als Atom-Partei, sondern als Partei des besonnenen, etwas langsameren, vor allem aber konfliktfreien Ausstiegs. Die Politik sozialdemokratischer Landesregierungen z. B. in Schleswig-Holstein und NRW gibt für diese Hoffnung nichts her, die SPD-Programmatik fast nichts: Ausstieg in 12 Jahren und auch dann nur im Konsens mit der Wirtschaft und allen anderen Parteien. Am Hanauer Plutonium hat die SPD das sonst nach ihrem Geschmack funktionierende hessische Regierungsbündnis platzen lassen. Faktisch ist es der SPD gelungen, ohne größere materielle Zugeständnisse einer ehemals sehr agilen sozialen Bewegung ihr gemeinsames Ziel »sofortige Stilllegung aller Atomanlagen« zu rauben und sie mit der Diskussion zu beschäftigen, ob diese Forderung »realistisch«, »machbar« oder »illusorisch« ist.

Auf dem Gebiet der Friedenspolitik hat die SPD das Terrain, das sie als »Nach«rüstungspartei unter Helmut Schmidt verloren hatte, weitgehend zurückerobert. Der sozialdemokratisch-staatliche Ansatz der Rüstungskontrolle hat gegenüber pazifistischen Forderungen nach bedingungsloser einseitiger Abrüstung an Popularität gewonnen, ohne daß die SPD eine relevante Verringerung des Rüstungshaushalts auch nur versprechen mußte. Nicht einmal das einstimmige Ja der SPD-Bundestagsfraktion zu den Zusatzprotokollen des Elysée-Vertrages, also die Festlegung auf »atomare Abschreckung« als wichtige Komponente deutsch-französischer Militärpolitik, hat dem friedenspolitischen Image der SPD nennenswerten Schaden zugefügt. Daß es den Herrschenden neuerdings so leicht gelingt, europäische Aufrüstungspolitik als friedensstiftend, weil die US-Hegemonie überwindend, zu verkaufen, ist freilich nicht zuletzt auch Ergebnis von nationalen Parolen der Friedensbewegung, die »den Deutschen« suggerierten, sie seien die eigentlichen Opfer US-amerikanischer Kriegspläne.

Welch schweren Stand gegenwärtig gewerkschaftliche und erst recht linksgewerkschaftliche Positionen in der Gesellschaft haben bzw. wie konkurrenzlos sich Sozialdemokraten heute auf diesem Gebiet fühlen, veranschaulicht Lafontaines demonstratives Eintreten für Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich und für die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten über Nacht und Wochenende (wobei er noch

demagogisch die frauenpolitische Kritik an den patriarchalen Strukturen des jetzigen »Normalarbeitsverhältnisses« für sich einzuspannen versuchte). Das alles ist nicht nur eine Botschaft an die großen Kapitaleigner, daß die Sozialdemokratie ihnen für jede Weltmarktschlacht verläßlich zur Verfügung stehe, auch nicht nur ein Koalitionssignal an die FDP. Die Frechheit, mit der Lafontaine seine Angriffe auf ArbeitnehmerInnenrechte vorgetragen hat, zeugt auch vom Wissen, wie anfällig das »alternative« Milieu für Verzichtsforderungen ist (vorausgesetzt, es trifft einen nicht selbst), und wie viele »Alternative« die »soziale Frage« ad acta gelegt haben.

Der berechtigte und notwendige Kampf der Frauen um Gleichberechtigung, z. B. um die 50%ige Quotierung aller Erwerbsarbeitsplätze und politischen Mandate, verliert seine emanzipatorische Kraft und verkommt zur Förderung bürgerlicher Karrieren, wenn es den Frauen dabei nur um »Plätzchen an der Sonne« als Teilhabe an geltenden Ausbeutungs- und Machtstrukturen geht. Nicht unbedeutende Strömungen innerhalb der Frauenbewegung, die nur »Frau an sich« thematisieren, ohne dabei die Auswirkungen von Klasse und Rassismus auch unter Frauen mitzureflektieren, geraten in die Nähe »völkischer« und konservativer Denk- und Handlungsmuster.

Die Grünen haben in einem langen Prozeß mehr und mehr rebellische, oppositionelle und antikapitalistische Momente verloren. Ihr Weg ist wohl die bedeutendste Integrationsleistung dieses Staates und dieser Gesellschaft. Sie war nur möglich vor dem Hintergrund relativer gesellschaftlicher Ruhe und schwächer werdender sozialer Bewegungen, die ein Gegengewicht zu jenem Anpassungsdruck hätten bilden können, dem jede Wahl- und Parlamentspartei ausgesetzt ist.

Keine Hoffnung auf die GRÜNEN

Die wichtigsten RepräsentantInnen der Grünen, mehrheitlich immer noch Leute, die sich vor Jahren als Linke, als Sozialisten, Kommunisten oder auch Feministinnen bezeichnet haben, werben heute für einen sogenannten ökologischen Kapitalismus. Sie befürworten das staatliche Gewaltmonopol, die NATO-Einbindung der BRD und die Beteiligung an der Regierungspolitik in Unterordnung unter den Seniorpartner SPD. Die Frankfurter Regierungsgrünen unterschrieben: »Wir werden Frankfurt wieder als internationales Finanzzentrum und Handelsplatz fortentwickeln«, die Berliner Regierungsgrünen sehen die dort stationierten Truppen als Garanten der Demokratie und das staatliche Gewaltmonopol als Schutzinstrument für sozial Schwache und Minderheiten. Daß Belange der Privatwirtschaft nicht negativ tangiert werden dürfen, ist hier wie dort keine Frage mehr. Allein eine gewisse Unzuverlässigkeit in Sachen »innere Sicherheit« läßt die Herrschenden noch zögern, die Koalitionsfähigkeit der Grünen auf Bundesebene bereits jetzt prinzipiell zu bejahen. Nach ihrer löblichen Haltung zum Hunger-

streik der politischen Gefangenen und zum 1. Mai in Kreuzberg werden von den Grünen vor ihrer Beteiligung an einer neuen Formation bürgerlicher Regierung in Bonn noch einige weitere Beweise ihrer Bereitschaft erwartet, soziale und politische Militanz zu denunzieren und zu isolieren.

Trotz dieser Entwicklung binden die Grünen noch immer große Hoffnungen auf soziale und ökologische Zähmung des Kapitalismus im Rahmen rosa-grüner Regierungspolitik. Diese Hoffnungen sind auch ein Reflex auf erlittene Niederlagen. Vielen Menschen ist vor Augen geführt worden, daß größte Anstrengungen und massenhafte Mobilisierung nichts gegen die staatliche und wirtschaftliche Macht, die ihre Projekte durchziehen wollte, ausrichten konnten.

Trotz gewaltiger Demonstrationen und dem Unfall in Tschernobyl läuft das Atomprogramm weiter (der Verzicht auf Wackersdorf ist kein Ausstieg, sondern Resultat einer geänderten europäischen Arbeitsteilung); Zehntausende demonstrierten gegen die Frankfurter Startbahn-West, Hunderttausende unterschrieben, und trotzdem wurde sie gebaut; das massive Engagement gegen die Volkszählung hat den Überwachungsstaat weniger behindert als vielfach erhofft. Wider alle Erkenntnisse und Proteste treibt die chemische Industrie der Bundesrepublik, als weltweit führende Exportmacht, ihre umweltzerstörende Produktion weiter und schreibt sich traumhafte Profite gut. Auch dort, wo ArbeiterInnen außergewöhnlich entschlossen gegen Kapitalstrategien der Kaputtsanierung kämpften, zum Beispiel in der Stahlindustrie oder auf einigen norddeutschen Werften, konnte selbst die Besetzung einer Großwerft (HDW) die geplante Schließung nicht verhindern. Ehemals kämpferische Teile der Frauenbewegung, die zur Linderung dringender Nöte der Frauen Selbsthilfe-Projekte aufbauten, wurden durch ihre Abhängigkeit von »Staatsknete« teilweise selbst zu den mittlerweile modernsten Bereichen des Sozialstaates und haben damit Probleme, den von ihnen »be-holfenen« Frauen nicht als Sozialbürokratie gegenüberzutreten.

Am Anfang der vielfältig zu beobachtenden Formen der Anpassung an bürgerliche Normen und kapitalistische Ideologie steht häufig die politische Niederlage, das Gefühl, einem übermächtigen Gegner nicht gewachsen zu sein. Zwischen »Rebellion ist gerechtfertigt« und »Respekt vor Weizsäcker« liegt hundertfach »Rebellion lohnt sich nicht«. So entsteht die Selbstreduzierung zu WahlbürgerInnen, die ihre politischen Hoffnungen darauf reduzieren, dann wenigstens besser regiert zu werden — und einige Wünsche mögen durch die rosa-grüne Moderne tatsächlich in Erfüllung gehen. Der bürgerliche Staat erweist sich als reich und klug genug, denen, die als Intellektuelle und politische FührerInnen die Rückkehr in seine Arme befördern, ein gediegenes Plätzchen zu bieten. Die Metropole BRD lebt so gut von »Über-schüssen« aus aller Welt, daß sie lukrative Angebote machen kann.

Selbst Formen der Alternativwirtschaft haben ihren Platz, wenn sie sich am Markt behaupten können.

Wer freilich diesen großzügigen Angeboten sich verweigert, wird immer härter bestraft. Davon zeugen auch die zahlreichen 129a-Verfahren und -Verurteilungen und die große Zahl derer, die wegen ihres Widerstands gegen den Bau der WAA Wackersdorf bestraft wurden. Zeitweise werden ganze politische Szenen wie die Startbahn-West-Leute oder das feministische Initiativen-Netzwerk gegen Gen- und Reproduktionstechnologien unter Dauerverfolgung gesetzt.

Die Härte der Repression ist die andere Seite der Anpassungsmedaille. Ihre Wirkung läßt sich daran ablesen, wie wenig Protest und Legitimationsverlust dieser Staat erleiden mußte, als Ingrid Strobl ohne jeden Beweis zu fünf Jahren Knast verurteilt wurde. Auch beim Hungerstreik der RAF-Gefangenen gegen die modernen Methoden der Isolationsfolter zeigte der Staat äußerste Härte und stellte die Gefangenen praktisch vor die Alternative, zu verhungern oder die unerträglichen Zustände weiter zu erdulden. Selbst in dieser Situation haben Grüne und Liberale nicht etwa dem Staat Haftbedingungen nach allgemeinen Menschenrechtsnormen abgefordert, sondern die Gefangenen zu Unterwerfungsritualen zu überreden versucht. Viele scheinen die häßlichen Seiten dieses Staates ganz bewußt nicht mehr wahrnehmen zu wollen, weil der Anblick die Versöhnung stören könnte.

Die Orientierung auf rosa-grünes Regieren und die Versöhnung mit dem Staat wird die Minorität, die diesen Weg nicht mitgeht, zunächst nicht nur mehr als bisher isolieren, sondern auch ungeschützt der staatlichen Repression aussetzen. Um die Folgen dieses Faktums zu mildern, werden die zu militanten Aktionen bereiten Gruppen sich um ein größeres Maß an politischer Vermittlung ihrer Gründe und Absichten bemühen müssen. Mit dem Hinweis auf die erlittene Repression allein ist (zumal in diesem Land) keine Politik zu machen.

Die zugleich einschüchternde und integrierende Wirkung von Repression geht aber nicht nur von Justiz und hochgerüsteter Polizei aus. Eine wesentliche Wirkung läuft viel stummer ab. Wieviel schwerwiegender ist es heute, gemessen an der Zeit vor zehn oder fünfzehn Jahren, seinen Schulabschluß nicht hinzubekommen, aus der Lehre zu fliegen, nach der Berufsausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen zu werden, wegen linkem oder gewerkschaftlichem Engagement entlassen zu werden. Was in den siebziger Jahren als Jugendsünde verstanden und toleriert wurde — zum Beispiel wegen eines frechen Artikels in einer Schülerzeitung von der Schule zu fliegen —, ist heute oft ein Makel, der das Ende von Ausbildungs- und Berufschancen bedeutet. Die soziale Bestrafung ist ungleich härter geworden. Dies gilt erst recht für diejenigen, die den tyrannischen Leistungsanforderungen dieser Gesellschaft nicht gewachsen sind oder nicht gewachsen sein wollen.

Erlittene oder empfundene Niederlagen, die verschärften staatlichen Repressionen und die Attraktivität vor allem sozialdemokratischer »Modernisierung« ziehen die Grünen nach rechts und machen zugleich rosa-grün zum gegenwärtig größten Hoffnungsträger im fortschrittlichen Lager der Gesellschaft.

Auf dem Hintergrund des allenthalben zu beobachtenden Rückzugs der Linken hat ein fundamentaler Wandel des sozialen Verhaltens und des sozialen Milieus stattgefunden. Im Verlauf der gesellschaftlichen und politischen Revolten der sechziger und siebziger Jahre waren neue soziokulturelle Normen entstanden, die auf Egalität, sozialer Selbstbestimmung, auf kollektivem Denken und Handeln sowie dem Abbau geschlechtsspezifischer Unterdrückungsmechanismen basierten und sich mit einer massenhaften Verweigerung gegenüber den herrschenden Leistungsnormen in Schule, Betrieb und Gesellschaft verbanden. Es war der »neuen Linken« gelungen, die kulturelle Hegemonie des nachnazistischen Leistungstyps zurückzudrängen.

In den vergangenen Jahren hat sich die Situation drastisch verändert. Bedingt durch den inneren Verfall der linken Gegenkultur, die wachsende Arbeitsplatzunsicherheit und den Aufbau neuer Leitbilder auch über die reprivatisierten Medien, hat sich ein neuer Sozialtyp durchgesetzt: An die Stelle leistungsfeindlich-emanzipatorischer Verhaltensnormen traten ein radikaler Egoismus, offen zur Schau getragene Ellenbogenmentalität und enthemmte Bereicherungssucht auf Kosten anderer. Ein neuer sozialer Condottiere-Typ macht sich breit, der nicht mehr (wie in den fünfziger Jahren) durch fanatisch geleistete eigene Arbeit nach oben will, sondern die Leistung anderer ausbeutet und alles mit Füßen tritt, was sich verweigert oder nicht reibungslos verwertbar ist. Propagiert werden offene Vernichtungsfeldzüge gegen die Alten, ein neuer Sexismus, die Ausgrenzung aller unangepaßten sozialen und nationalen Minderheiten. Wer auf der Verliererseite der Kapitalinnovation steht, ist selbst schuld und hat keine Solidarität verdient.

In diesem Klima wird die radikale Linke es sehr schwer haben, an gesellschaftskritischem Bewußtsein und emanzipatorischen Utopien festzuhalten. Wenn es nicht gelingt, die ins Abseits gedrängten Strukturen einer leistungs- und integrationsfeindlichen Gegenkultur zu verteidigen und zu erneuern, wird dieses soziokulturelle Milieu bald vollständig verloren gehen, werden die Orte und Regionen, in denen radikale Linke in den vergangenen zwanzig Jahren lebten und kämpften, ihnen fremd werden. Es kommt also darauf an, die noch vorhandenen Ansätze zu sozialer Selbstbestimmung zu bündeln und sie mit politischen Initiativen zu verbinden, die den Neuaufbau einer radikalen Gegenmacht zum Ziel haben.

Rot-Grüne Modernisierungskonzepte

Die Modernisierer aller Parteien, besonders aber die rot-grünen, stehen für das Versprechen, den Kapitalismus etwas umweltverträglicher, sozial abgefedert, friedensfähiger und frauenfreundlicher zu gestalten. Das Versprechen ist unreal. Arbeitslosigkeit und soziale Deklassierung werden wachsen. Die ökologischen Krisen und Katastrophen werden zunehmen, auch hier, selbst wenn die Tendenz sich verstärken sollte, besonders zerstörende Produktionsverfahren und hochtoxische Abfälle in die »3. Welt« oder in den »realsozialistischen« Osten zu verschieben. Hochrüstung und Kriegsgefahr werden andauern, »handhabbarere«, kriegsfähigere Waffensysteme werden den »Frieden« nach imperialistischem Diktat erpressen; der Einsatz der Waffen wird dann akut, wenn es notwendig erscheint, die kapitalistischen Weltmarktgesetze militärisch abzusichern. Ein mit einigen Karriereplätzen für Frauen »reformiertes« Patriarchat wird an seinem Wesen als Gewalt- und Ausbeutungsstruktur gegen die Masse der Frauen nichts ändern.

Wem sagen wir das? Der wachsende Glaube an die Innovationsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse speist sich schließlich nicht zuletzt aus der resignativen Auffassung, der Versuch ihrer Überwindung sei illusorisch. Rosa-grün ist insofern ein seltsamer Hoffnungsträger, als von ihm in Wahrheit erstaunlich wenig erwartet wird, viel weniger als manche Grüne selber versprechen. Rosa-grün steht noch weniger als die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt Anfang der siebziger Jahre für die Zuversicht, daß alles oder vieles besser werden möge, viel mehr für die (trügerische) Hoffnung, alles möge erträglich bleiben. Es werden nicht wenige sein, die ihre Ansprüche an Rosa-grün auf Null reduzieren, wenn ihnen nur eine rechte Regierung erspart bleibt. Die rechtsradikalen Wahlerfolge werden diese Haltung fördern.

Natürlich wird kurz vor Wahlen, die arithmetisch spannend zu werden versprechen — und das scheint für die nächste Bundestagswahl zutreffen zu können —, die Hoffnung auf rosa-grüne Mehrheiten dominieren, und wer sie als Linker nicht teilt, wird sich in einer unbequemen Stellung befinden. Sie muß dennoch ausgehalten werden, bis der Jubel des Wahlabends verrauscht ist und die Jubler angesichts der Realität rosa-grüner Politik mit dem Rasonnieren darüber anfangen, daß mensch sich schließlich nicht zu viel versprechen dürfe.

Der Aufstieg der »Republikaner« (und in Hessen der NPD) komplettiert das Parteiensystem nach rechts hin. Sie füllen eine Leerstelle, die dem westdeutschen Staat vierzig Jahre lang (mit kurzfristigen Ausnahmen: SRP in den vierziger und fünfziger, NPD in den sechziger Jahren) aufgezwungen war. Nach den Kapitulationen des »realen Sozialismus« und angesichts der immer deutlicher werdenden Dominanz der BRD in Westeuropa kann der Anspruch dieses Staats auf Führungsmacht des Kontinents aus der Latenz heraustreten.

Die Forderung nach den Grenzen von 1937 war bislang auch von den

honorigen Parteien des alten Drei-Parteien-Systems nicht aufgegeben worden. Sie haben eine nationalistische Industriepolitik forciert, welche AusländerInnen als Verfügungsmasse des westdeutschen Kapitals behandelt. Die Konsequenzen ihrer Politik wurden von ihnen selbst meist nur verhalten artikuliert, nun werden sie von den Republikanern laut verkündet. Sie ergänzen den europäischen Chauvinismus durch den deutschen. Indem die expansionistische, auf ökonomische und politische Vorherrschaft ausgerichtete Staatsraison der Bundesrepublik jetzt von einer offen rechtsextremistischen Partei »pur« dargestellt wird, werden SPD und CDU/CSU keineswegs von diesen Tendenzen gleichsam »gereinigt«. Im Gegenteil: die CSU benutzt die Konkurrenz der Republikaner, um nunmehr noch lauter als zuvor die Grenzen von 1937 zu fordern, die CDU schließt nach rechts auf und die SPD pflegt — in Sorge um den Verlust ihrer Rau-Wähler — jetzt forciert den Kult der klassenübergreifenden »Volksgemeinschaft«, den sie seit Jahrzehnten in den eigenen Reihen gefördert hat, den die Republikaner aber überzeugender zelebrieren können.

Die Grünen wollen bei diesen Versuchen, den Rechtsextremismus dadurch zu bekämpfen, daß man ihm ein Moment von Wahrheit attestiert und sich dieses dann aneignet, nicht fehlen: Einige ihrer VertreterInnen empfehlen, vor allem jugendliche Nachläufer der Rechten durch »identifikationsstiftende Attraktivität« zurückzugewinnen, indem ein begeisterndes »Wir-Gefühl« organisiert wird. Alle wollen stolz sein dürfen auf unser Land und seine Heimaten. Sie übersehen, daß der Rechtsextremismus seine Stärke nicht in der Möglichkeit zur Identifikation hat, sondern in der Gelegenheit zur aggressiveren Abwehr und Abgrenzung nach unten und außen.

Der Aufstieg der Republikaner hat seine Ursachen nicht nur im außenpolitischen Umbruch, sondern auch in der Innen-, Sozial- und Ideologiepolitik. Wo die Konkurrenz aller gegen alle zur Verhaltensnorm wird, auf dem Arbeitsmarkt und in der »flexibilisierten« Produktion den Tüchtigen freie Bahn geschaffen werden soll, »Schwächlinge« und »Leistungsverweigerer« aber verdienten Untergang finden, gedeiht der theoretische und der praktizierte Sozialdarwinismus. Die Erfolgreichsten sind Elite. Sie müssen ihren Vorrang nach unten verteidigen. Dieses hierarchische Sozialbild, das weitgehend die gesellschaftliche Realität der Bundesrepublik wiedergibt, entspricht den Interessen kapitalistischer Herrschaft. Seine positive Bewertung erfährt es in der krassesten Form als Ideologie des Rechtsextremismus.

Diejenigen, die in diesem Ellenbogenkampf hinten runterfallen (oder dies doch fürchten), können sich in diesem Gesellschaftsbild ebenfalls wiederfinden. Sie müssen sich damit trösten, daß ihnen Unrecht geschehen ist oder droht und daß ihr Platz am unteren Ende eigentlich von anderen eingenommen werden müßte: von AusländerInnen, rassischen und sexuellen Minderheiten. Die Republikaner bieten dem

benachteiligten deutschen Volksgenossen an, mit seinem Stimmzettel dafür zu sorgen, daß die richtigen Leute unten einsortiert werden — und nicht er.

Somit ist der Aufstieg des parteipolitischen Rechtsextremismus die logische Folge des gesellschaftlichen Umbruchs der letzten anderthalb Jahrzehnte, der politisch von CDU/CSU, SPD und FDP zu verantworten ist. Es ist nun allerdings recht absurd, ausgerechnet mit ihnen »gemeinsam gegen rechts« kämpfen zu sollen: Ein solcher Kampf müßte sich nicht nur gegen die Republikaner, DVU und NPD richten, sondern auch gegen die diejenigen, die diesen Parteien den Weg bahnten.

Manche — so neuerdings immer lauter die grüne Abgeordnete Antje Vollmer — vertreten die Ansicht, die Republikaner seien ein Ausdruck demokratischer Normalität, denn solche Tendenzen existieren ebenso in Frankreich, Italien und Österreich. In der Schweiz gibt es auch immer wieder ausländerfeindliche Kampagnen. Auch Enoch Powell im Großbritannien der siebziger Jahre und Wallace — dann Reagan — in den USA liegen nahe, wenn man sich um Vergleiche mit den »alten Demokratien« bemüht.

Aber erstens: Die Normalität bürgerlicher Gesellschaften, die für ihre innere Balance immer wieder Rassismus und Ausländerfeindlichkeit benötigen, ist »normal« nur aufgrund einer kaputten Norm. Unsere Norm ist es nicht. Zweitens: Dieser Vergleich bagatellisiert die expansive außenpolitische Komponente, die dem Rechtsextremismus offen und den etablierten Parteien latent zu eigen ist. Der Rechtsextremismus der BRD ist der Rechtsextremismus eines Staates, welcher durch Vorherrschaft in Westeuropa zur Weltmacht werden will und im Osten Gebietsansprüche erhebt. Drittens: Ausgerechnet in der Bundesrepublik Deutschland die Rechtsextremen zur »demokratischen Normalität« zu erheben, leugnet die spezielle Schuld der deutschen Gesellschaft an Auschwitz und deren geschichtliche Kontinuität. Auch ist der Rassismus in der BRD nicht einfach »normaler« Rassismus, sondern steht in der Tradition des deutschen Antisemitismus.

Völlige Selbstüberschätzung aber ist es, wenn Realo-Grüne und Öko-Libertäre den Aufstieg der Republikaner als Beweis ihrer eigenen Erfolge im Bemühen um eine Liberalisierung, Demokratisierung, ja Feminisierung der Gesellschaft darstellen. Er sei ja nur der Protest gegen progressive Veränderungen, die sie inzwischen herbeigeführt hätten. Sie lügen sich was in die Tasche. Der Umbruch, welcher die Republikaner nach oben bringt, besteht nicht in einer endlich durchgesetzten Egalisierung, sondern in sozialer Segmentierung und Hierarchisierung, auch in neuer sozialer Not. Liberalisierung und angebliche Feminisierung sind allenfalls Bereichserfolge, Teile eines Segmentierungsprozesses, der den genüßfreudigen Citoyen so weit oben eintütet, daß dieser sich — nicht anders als der ellbogenstarke Yuppie auch —

bereits für den Repräsentanten einer im Ganzen guten Ordnung hält. Er unterscheidet sich in diesem Punkt vom aggressiven Republikaner weniger, als er selber denkt.

Die radikale Linke ist sehr dafür, die Faschisten aufs Maul zu hauern. Aber sie wird das nicht gemeinsam mit denen erledigen, welche eine Ordnung, die den Rechtsextremismus fördert, für gut und »normal« halten.

Die radikale Linke in der BRD ist existent, aber sie ist nicht parteiförmig organisiert. Ihre Gemeinsamkeit besteht zunächst nur in der Ablehnung der Anpassung der bisherigen Linken und der Verhältnisse, welche diese Anpassung herausfordern. Insofern ist die radikale Linke eine Richtung der Negation. Die Linke in der BRD hat sich seit vierzig Jahren immer wieder als Gegenbewegung konstituiert: antimilitaristisch, antiautoritär, antikapitalistisch und antipatriarchalisch. Wir halten von diesen Anti-Begriffen zur Zeit mehr als von positiven Einbildungen. Anti-Militarismus ist besser als das Abfeiern eines imperialistischen Friedens, Antikapitalismus aktiver als frommer Sozialismus. Die schroffen Negationen sind die Voraussetzung für politische Utopien.

Wenn sich positive Reformpolitik an solche Anti-Bewegungen anschloß, blieb sie doch notwendig Teil eines Herrschaftssystems, das die radikale Linke immer wieder ausschloß: Mochte die sozialdemokratische Parole »Wir wollen mehr Demokratie wagen« die rhetorische Antwort auf die antiautoritäre Bewegung sein, so waren die praktischen Konsequenzen eben dann doch Berufsverbote und die Repressionsgesetze. Diese Funktion: Kraft der Negation zu bleiben, auch wo sie objektiv immer wieder einmal auch die Gestikulation von Reform bewirkt, muß die radikale Linke annehmen. Sie will die Opposition im Zeitalter der — sei es triumphierenden, sei es hangenden und bängenden, sei es frustrierten — rosa-grünen Besoffenheit werden. Gegen diese und alles, was rechts davon existiert, interveniert die radikale Linke überregional zunächst publizistisch, hoffentlich bald zunehmend organisiert, und lokal in konkreten, praktischen Auseinandersetzungen.

aus: ak 311

Angelika Beer, Jochen Brauer, Tay Eich,
Siggi Frieß, Hans-Peter Hubert, Dorothee Piermont

Gegen die Kolonialisierung der osteuropäischen Staaten durch BRD, EG und NATO!

Adenauers Traum wird wahr: »Wir wollen . . . daß die Ostzone zu den Zuständen gelangt, in denen wir leben, damit wir dann die Einheit Deutschlands als gesichert ansehen können.« (Adenauer 1949 vor dem Parlamentarischen Rat) Durch den Beitritt zur NATO hoffte er, die »Wiedervereinigung Deutschlands« unter kapitalistischen Vorzeichen erzwingen zu können. Diese »Wiedervereinigung«, die in ihrem Kern nach herrschender Meinung vor allem ein wirtschaftlicher Systemexport sein soll, scheint nun Realität werden zu können.

Während die gesellschaftlichen Gruppen in der DDR, überrascht von der Geschwindigkeit der Entwicklung, gerade erst mit der Diskussion über die gesellschaftliche und ökonomische Neugestaltung ihres Landes beginnen, wissen die Politiker im Westen schon genau, wohin die Reise gehen soll: Ohne kapitalistisch orientierte Wirtschaftsreform mit »Privateigentum an den Produktionsmitteln«, ohne völlige Anbindung an den »freien Markt«, ohne »freie Preise«, ohne Anpassungsprogramme »wie es der IWF für Entwicklungsländer konzipiert« und ohne rechtliche Absicherung der Profite für ausländisches Kapital, so Bundesfinanzminister Theo Waigel (BMF Finanznachrichten 13.11.89), soll in der bzw. für die DDR nichts mehr laufen. Für das Kapital ist der Zweite Weltkrieg erst 40 Jahre nach Gründung der beiden deutschen Staaten mit der Kapitulation der DDR beendet. Das Ziel, ein in Europa dominierendes Großdeutschland, wäre damit erreicht.

Für solche Kolonisationsabsichten ist die BRD bündnispolitisch gut gerüstet: Sie agiert mit dem Flankenschutz von NATO und EG. Die westlichen Bündnisse sehen Handlungsbedarf. Die bisherigen Konzepte orientierten auf eine langsam erodierende Warschauer Vertragsorganisation (WVO), in der die entgegenwirkenden Kräfte zwischen Staaten wie Polen, Ungarn und der Sowjetunion als »Vorreiter« einerseits und »traditionellen kommunistischen hardlinern« wie DDR, Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien andererseits eine zeitliche Verzögerung des Transformationsprozesses gewährleisteten. Der abgestufte Prozeß, in dem den erstgenannten Staaten z. B. schon mal beobachtender Status im Europarat zugebilligt wurde, existiert so nicht mehr. Die bestehenden Konzepte von NATO und EG müssen dieser schnellen Entwicklung angepaßt werden.

Natürlich wird dieser Prozeß nicht ohne Reibungen angesichts unterschiedlicher Interessenlagen ablaufen. Die Westeuropäer sind bei der